

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Deutsche Politik im Ostseeraum

Hans-Jürgen Heimsöth

Summary

Germany has always been an integral part of the Baltic Sea region, not only culturally, but also economically or politically. Through the definitive changes of the political geography in 1990 Germany faced new challenges. With the foundation of the Council of the Baltic Sea States a genuine democratic association around the Baltic Sea was built — among other things to support new democratic institutions. Germany took over the presidency of the Council in July 2000 and could exercise valuable influence in sense of region-building. At the same time the region should become more competitive and be a trade-mark of knowledge and science. But a successful politic has to be made in partnership with Russia.

Hans-Jürgen Heimsöth ist Vorsitzender des Committee of Senior Officials des Council of Baltic Sea States (CBSS).

Deutschland ist ein integraler Bestandteil des Ostseeraums. Das gilt für die Ostsee als einer eigenständigen historischen Landschaft, es gilt aber auch für die Region in ihrer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimension. Wie bei anderen Ostsee-Anrainern, vor allem Polen und Russland, gehört nur ein kleinerer Teil der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland zur eigentlichen Ostsee-Küstenregion. In Deutschland sind dies die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg als Überseehafen der Region. Dies begrenzt jedoch nicht Deutschlands Rolle. Auch nordische Staaten wie Dänemark, Norwegen oder Finnland blicken nicht ausschließlich auf die Ostsee, sondern ihre Augen sind ebenfalls auf Nordsee bzw. Barentsee gerichtet. In wachsendem Maße sind zudem auch weitere deutsche Bundesländer, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie Brandenburg und Berlin aufgrund wirtschaftlicher Interessen, kultureller Beziehungen, gesellschaftlicher Nähe oder historischer Verbindung an der Ostsee-Region interessiert. Aufgrund seiner Größe, seines politischen Gewichts und seiner geografischen Lage als Bindeglied zum Rest der Europäischen Union übernimmt Deutschland in der Region eine besondere Rolle.

Wenn in Deutschland an die *Geschichte der Ostseeregion* und des deutschen Anteils daran erinnert wird, so denkt man zunächst an die Zeit der Hanse, ihrer Erfolge und den Wohlstand, den sie nicht zuletzt für die deutschen Kaufmannsstädte brachte. Diese „Glanzzeit“, in der deutsche Städte die Geschehnisse der Ostsee mitbestimmten, scheint weit zurückzuliegen. Doch täuschen sollte man sich nicht. Auch wenn die Ostsee während der Jahrhunderte im Windschatten deutscher Geschichte lag, selten außenpolitische Ambitionen deutscher Herrscherhäuser weckte und das Vormachtstreben in der Region vom 16. bis 18. Jahrhundert von anderen

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Mächten wie Schweden, Polen und Russland geprägt war: Deutsche Länder waren zu allen Zeiten an der von starker Eigengesetzlichkeit geprägten Historie der Region beteiligt. Dies gilt erst recht für deutsche Familien, die Jahrhunderte lang mit den Landstrichen bis hinauf nach Kurland, Livland und Estland verknüpft waren. Meist ging es in der „großen“ Ostseepolitik um die Macht über die Küsten¹, eine vollständige Seeherrschaft über das „Mare Balticum“ einschließlich seines Zugangs konnte keine der europäischen Kräfte, die ohne bestimmende Einmischung von außen die Geschichte des Ostseeraums gestalteten, erringen. Preußen stieg zu einer der großen Mächte in der Region auf und teilte sich den Einfluss über ein Jahrhundert mit Russland. Doch wurde auch Preußen nie „Ostsee-Macht“ im klassischen Sinne.

Und doch wäre es falsch, die Ostsee und die Verbindungen über sie hinweg zu einem Randgebiet deutscher Interessen stempeln zu wollen: *Kulturell* waren der Ostseeraum, die skandinavischen Staaten, aber auch Finnland und das Baltikum immer ein direkter Bezugspunkt deutscher Kulturschaffender. Es würde zu weit führen, die gegenseitige kulturelle Beeinflussung Deutschlands, der Landschaften und der Menschen um die Ostsee herum zu thematisieren. Bereits die Nennung der Namen zweier deutscher Literaturnobelpreisträger, des Lübeckers Thomas Mann mit seinem Feriendomizil in Nidden und des Danzigers Günter Grass, erweckt vielfältige Assoziationen mit der Landschaft und der Nachbarschaft der Ostsee. Andere Aspekte der deutschen Kultur, die Musik oder die bildende Kunst, ließen sich anführen. Dabei war die Resonanz auf die kulturellen Leistungen der anderen Staaten der Region in Deutschland nicht nur im 19. Jahrhundert groß, sie erlebt gerade heute wieder einen ungeheuren Aufschwung – man braucht sich nur die heutigen Bestsellerlisten anzuschauen.

Die *wirtschaftliche Bedeutung* des Ostseeraums für Deutschland ist konstant hoch, seitdem die Wikinger die ersten Handelsplätze in Schleswig, Pommern oder dem späteren Ostpreußen anlegten. Sie wächst zur Zeit dynamisch. Die Ausfuhr in die Ostsee-Anrainer belief sich 1999 (vorläufige Ergebnisse) auf 87.230 Mio. DM.² Es liegen Berechnungen vor, die bei politischer und sozialer Stabilität von einer Versechsfachung des Handels von 1997 bis 2010 ausgehen. Die Struktur der Handelsströme würde sich dabei nicht wesentlich ändern, Deutschland also seine herausragende Stellung bewahren.³ Der Wirtschaftsaustausch wird gestützt durch eine kräftige Investitionstätigkeit. Deutsche Direktinvestitionen (Netto-Transfers) in Ostsee-Anrainer beliefen sich 1997 auf 4.125 Mio. DM, 1998 auf 6.779 Mio. DM und im ersten Halbjahr 1999 auf 5.171 Mio. DM.⁴ Die Zukunftsfähigkeit des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen liegt in dem hohen Ausbildungsstand der Arbeitskräfte in der gesamten Region, vor allem im Bereich der technologisch anspruchsvollen Industrien und hochwertiger Dienstleistungen.

Politisch hat die Bundesregierung nach 1949 der wachsenden Bedeutung des Ostseeraums Rechnung getragen, indem sie enge bilaterale Beziehungen zu allen Anrainern der Ostsee aufbaute. Dies ist das Ergebnis nicht nur des Wissens um die enge wirtschaftliche Verflechtung, sondern auch der politischen Bedeutung der Region für Deutschland. Auch wenn heute weder regionale Hegemonien angestrebt noch grenzüberschreitende

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten**[zur Startseite](#)

Konflikte zum Brandsatz für die Region werden können, bleibt es Aufgabe, für eine stabile Entwicklung Sorge zu tragen, um Sicherheit und Vertrauensbildung weiter zu stärken. Dies gilt insbesondere für das Baltikum in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Russland, eine „europäische Schlüsselregion“⁵, die auch in den kommenden Jahren die Wetterzone des Ostseeraums bleiben wird.

Ohne eine stabile Ostsee-Region kann es kein stabiles Europa geben.

Dabei muss man sich darüber im klaren sein, dass Sicherheit mehr bedeutet als Abbau von Rüstungspotentialen und Entschärfung militärischer Spannungen. Sowohl das Gefälle der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als auch Umweltrisiken, Migrationsströme und organisierte Kriminalität könnten Ausmaße annehmen, die die Stabilität einer Region bedrohen.

Die politische Rolle der Kooperation im Ostseeraum liegt in ihrem Beitrag zur gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur. Von daher muss es darum gehen, einen regionalen Beitrag zum Zusammenwachsen des Kontinents zu leisten.

Grundlegende Wandlung der politischen Geographie nach 1990

Mit der Auflösung des Kräftesystems des Kalten Krieges, dem Ende des militärisch-ideologischen Gegensatzes der „Blöcke“ und mit der deutschen Vereinigung steht die deutsche Politik in der *gewandelten Ostseeregion* vor neuen Herausforderungen. Das politische Eis, das zu einer Erstarrung der Entwicklung geführt hatte, ist geschmolzen. Polen erkämpfte als erstes die Freiheit und wählte schon im Sommer 1989 seine erste nichtkommunistische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki. Die kleinen baltischen Völker, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg unabhängig wurden, erlangten im August 1991 ihre Unabhängigkeit und anschließend ihre volle Staatlichkeit wieder. Russland stellte sein Verhältnis zu seinen Nachbarn auf eine neue Grundlage und orientierte sich in wichtigen Elementen seiner Politik nach Westen. Die Ostseeregion, ein Mikrokosmos der Spaltung Europas, konnte wieder beginnen, traditionelle Verbindungen zu knüpfen und zu einer geeinten Region zu werden.

Doch nicht nur das internationale Umfeld wandelte sich. Auch *Deutschlands geopolitische Lage* wurde durch die Folgen der Vereinigung verändert: Im Vergleich zum Gebiet der „alten Bundesrepublik“ ist der deutsche Küstenstreifen an der Ostsee weit mehr als doppelt so lang geworden. Mit Mecklenburg-Vorpommern trat der Bundesrepublik ein Bundesland bei, dessen auswärtige Kontakte wesentlich, wenn nicht ausschließlich, durch die Ostsee-Region geprägt sind. Dort gewinnt nach den ersten Jahren der inneren Transformation der Blick auf die regionale Zusammenarbeit immer mehr Gewicht und die Landesregierung rechnet damit, dass die Bedeutung der Ostsee-Kooperation für dieses Bundesland weiter steigen wird.⁶

Das zwischen Nord- und Ostsee gelegene Schleswig-Holstein hat traditionell einen festen Blick auf die Ostsee, der durch Namen wie Björn Engholm, Gerd Walter und Heinz-Werner Arens geprägt ist. Polen sowie Dänemark und – über die See hinweg – Schweden sind traditionsreiche Nachbarn, ihr Gewicht für Deutschland ist durch den politischen Umbruch weiter gestiegen. Noch nicht abzuschätzen ist, welche Bedeutung die Verlagerung der

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Hauptstadt nach Berlin und der Umzug der Regierung langfristig auf das Bewusstsein in „Politik und Verwaltung“ haben wird. Dabei sollte man weniger an Wochenendausflüge ans nahe Meer, an die Ostsee, denken als vielmehr an die Bedeutung, die Berlin auch schon früher kulturell in der Region und gegenüber skandinavischen Staaten spielte. Mit dem politischen Umbruch von 1990 werden Geografie und regionale Bezüge wieder lebendig, an die sich die meisten der heute politisch Aktiven nicht mehr erinnern.

Die erste Brücke von West nach Ost - der Ostseerat

Auf die massiven Umwälzungen im Ostsee-Raum nach 1990 reagierte die Bundesregierung rasch. Sie fand einen kooperativen Rahmen, der flexibel mehreren Zielen diente: die Brücke zu Russland schlagen, einem möglichen Vakuum in der Region entgegenzuwirken und zugleich den Dialog zwischen den Staaten der Region, darunter auch den neu-unabhängigen baltischen Staaten und Russland, zu erleichtern. Dieser Rahmen war der Ostseerat. Die Außenminister Deutschlands und Dänemarks, Hans Dietrich Genscher und Uffe Ellemann Jensen, gründeten ihn 1992 gemeinsam mit allen Anrainer-Staaten der Ostsee, mit Norwegen und der EU-Kommission. Island kam – aus nordischer Verbundenheit – kurz darauf hinzu. Der Ostseerat, dessen wichtigstes Element das jährliche Treffen der Außenminister ist, sollte es mit möglichst geringen institutionellen Strukturen den Ostsee-Anrainern ermöglichen, einen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu pflegen und eine „genuine demokratische Gemeinschaft“ um die gemeinsame See herum zu „schaffen“. Er wurde durch einfache Erklärung der Außenminister ohne Gründungsvertrag und ohne ratifizierungsbedürftiges Dokument gegründet.⁷

Bis heute ist der Ostseerat eine institutionell „leichte“ Organisation geblieben. Für die laufenden Arbeiten des Rates sorgt ein Ausschuss Hoher Beamter. Zusätzlich gibt es Arbeitsgruppen, die sich nach Bedarf häufiger oder seltener treffen, grundsätzlich jedoch mehrfach im Jahr. Seit zweieinhalb Jahren gibt es zusätzlich ein kleines Sekretariat in Stockholm, das den jeweiligen Vorsitz unterstützt, die verschiedenen Aspekte der Ostsee-Kooperation verfolgt und die Koordination erleichtert. Politisch hat die Ostseekooperation an Gewicht gewonnen dadurch, dass sie heute auch als Forum für Treffen der Regierungschefs sowie der Fachminister genutzt wird. Diese Treffen werden ebenfalls als Zusammenkünfte im Rahmen des Ostseerats betrachtet.

Ein politisches Instrument hat sich der Ostseerat gegeben: den Kommissar für demokratische Institutionen und Menschenrechte, seit 2000 in Kommissar für demokratische Entwicklung umbenannt. Diese Institution hat in den vergangenen Jahren zugunsten des Schutzes der Menschenrechte und bei der Entwicklung des Minderheitenschutzes gewirkt. Dabei hat sie im Verhältnis zum OSZE-Hochkommissar für nationale Minderheiten eine ergänzende und stützende Funktion eingenommen, der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt auf Förderung des weiteren Aufbaus demokratischer Institutionen.

Der Ostseerat ist Kristallisationspunkt für die Zusammenarbeit der Regierungen im gesamten Raum. In einzigartiger Weise hat er die verschiedensten Mitglieder – EU-Staaten, EWR-Staaten, EU-Aspiranten und

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Russland – zusammen mit der EU-Kommission an einen Tisch gebracht. In seiner Tätigkeit ist er stetig von Visionen und dem Formulieren gemeinsamer Interessen zur konkreteren Arbeit gerückt, was schon durch die Schaffung aufgabenspezifischer „Task forces“ (z. B. für die Bekämpfung organisierter Kriminalität) zum Ausdruck kommt. Von Anfang an war das Mandat des Ostseerats weit gefasst: Unterstützung neuer demokratischer Institutionen, wirtschaftliche und technische Hilfe, um den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu erleichtern, humanitäre Angelegenheiten und Gesundheit, Umweltschutz und Energie, Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kultur- und Bildungswesens, des Tourismus und der Information, des Verkehrs- und Kommunikationswesens. Nach und nach hat er sich einzelnen Themenbereichen zugewandt, ist jedoch ein konsensabhängiges Gremium geblieben, dessen Instrumente Empfehlungen, Koordinierung und Impulsgebung sind. Über die Jahre hat er Schritt für Schritt zu einer Vereinheitlichung des Raums – auch des Rechtsraums – und zur regionalen Identitätsbildung beigetragen. Wurde die Ostseeregion in einem 1994 geschriebenen Artikel noch als ein „beispielhaftes Bewährungsfeld gesamteuropäischer Kooperation in regionalem Rahmen“ bezeichnet⁸, so kann sieben Jahre später eine positive Zwischenbilanz gezogen werden. Mit seinem kooperativen Ansatz hat der Ostseerat seinen eigenen Anteil an der Überwindung der Teilung Europas.

Politik im Ostseeraum ist Teil der Europapolitik

Während der Ostseerat eine erste Brücke vom Westen nach Osten schlug und die Integration der baltischen Staaten, Russlands und Polens in das europäische Kooperationsnetzwerk forderte, entwickelte sich die europäische Politik dynamisch weiter. Für die Bundesrepublik Deutschland war und ist die Europapolitik prioritär. Politik im Ostseeraum muss in engem Zusammenhang mit der Politik in Europa und mit der EU gesehen werden.

Schweden und Finnland reagierten rasch auf die veränderte geopolitische Lage und öffneten mit ihrem 1995 erfolgten Beitritt in den Kreis der EU-Staaten den Blick der EU nach Norden. Die Bundesregierung hat den Aufnahmewunsch Schwedens und Finnlands von Anbeginn gefordert und ihren Eintritt nachdrücklich befürwortet. Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam zeigte sich jedoch, dass Erweiterung nicht ein Ende der Vertiefung bedeutet. Die Öffnung neuer Politikfelder für die Union machte deutlich, dass die EU – auch bei einer Erweiterung – der entscheidende Stabilitätsrahmen und das regulatorische Maß für das Zusammenleben in Europa sein würde. Von Anfang an war die Bundesregierung die Antriebskraft, die den Weg Polens und der drei baltischen Staaten nach Europa ebnete. Sie hat immer unterstrichen, dass die Osterweiterung, die ja letztlich auch Ostseeerweiterung heißen könnte, für die deutsche Politik eine hervorragende Bedeutung hat.

Die positiven Konsequenzen der Erweiterung für die Ostsee-Region sind erheblich. Nach dem Beitritt dieser vier Kandidaten werden 90% der Küsten der Ostsee EU-Küste sein, d. h. die Ostsee wird weitgehend zu einem Binnenmeer der Union. Zugleich wird sich die Zusammenarbeit EU-Russland in der direkten Nachbarschaft des Ostseeraums, heute mit einem EU-Mitgliedsland, bald mit fünf zu bewahren haben. Dort werden sich die

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Beziehungen am intensivsten entwickeln, dort wird der Lackmus-Test der großen Politik sich in der täglichen Zusammenarbeit beweisen müssen.

Die deutsche Politik im Ostsee-Raum wird auch in Zukunft in engem Zusammenhang mit der Europa-Politik stehen. Neben der Priorität, die die Erweiterung an sich genießt, wird es auch darum gehen, dass die Europäische Union selbst der Region ausreichend Beachtung schenkt. Nachdem eine erste Initiative, die „Baltic Sea Region Initiative“ keine nachhaltige Wirkung zeigte, hat die finnische EU-Präsidentschaft auch mit deutscher Unterstützung die Politik der „Nördlichen Dimension“ entwickelt, die dem gesamten Raum Nordosteuropas sowie die Nachbarschaft der EU zu Russland in den Blick rückt. Die „Nördliche Dimension“ soll die Politik der Union in dieser Region bündeln und einen Beitrag zur Überwindung des wirtschaftlichen Ost-West-Gefälles leisten. Durch Nutzung des vorhandenen Entwicklungspotentials sowie verstärkte Koordination und Zusammenarbeit soll ein Mehrwert geschaffen werden, auch wenn die Umsetzung im Rahmen der bereits bestehenden Strukturen und Instrumente erfolgen soll. Den ersten Schritt zur Umsetzung der „Nördlichen Dimension“ stellt der auf dem Europäischen Rat von Feira am 19./20. Juni 2000 verabschiedete Aktionsplan dar. Im Juni 2001, zum Ende der schwedischen EU-Präsidentschaft, wird ein erneuter Bericht vorgelegt und zu prüfen sein, wie lebensfähig die Nördliche Dimension ist. Zu Recht mahnte Bundespräsident Roman Herzog bereits 1996 eine „Umsetzungsstrategie“ für die Politik der EU im Ostseeraum an.⁹

Es wird wesentlich davon abhängen, wie die EU-Kommission sich inhaltlich und in ihren Strukturen der Aufgabe stellt und der Mittelmeerpolitik eine Politik zur Seite stellt, die der Nachbarschaft mit Russland und der „Nordost“-Erweiterung der Union Rechnung trägt. Es ist zu begrüßen und lässt Hoffnungen keimen, dass der EU-Kommissar für Außenbeziehungen Christopher Patten gemeinsam mit der schwedischen Außenministerin feststellt, dass die nördliche Dimension „genauso wie die Politik der EU gegenüber dem Mittelmeerraum und dem westlichen Balkan als gesamteuropäische Verpflichtung und Verantwortung verstanden“ werden muss.¹⁰

Deutsche Präsidentschaft im Ostseerat

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Juli 2000 für den Turnus von einem Jahr die Präsidentschaft des Ostseerats übernommen. Dies bietet die Gelegenheit – neben der Verfolgung der politischen Ziele im Rahmen der EU – die regionale Politik im Ostseeraum voranzutreiben und Schwerpunkte zu setzen. EU-Erweiterung und grenzüberschreitende Regionalpolitik sind dabei keine Widersprüche, sondern ergänzen sich, auch wenn dies über EU-Grenzen erfolgt. Gerade im Sinne eines *region-building* hat der Ostseerat wertvolles zu leisten, um so mehr als es um einen durch die politischen Brüche des 20. Jahrhunderts schwer verwundeten Raum geht.¹¹

Die traditionelle Rolle der Ostsee – eines verbindenden Meeres, das für die umliegenden Staaten die gemeinsame und die gegenseitige Interessen stärkende Grundlage darstellt – kann in der Zukunft noch durch das spezifische Potential der Region ergänzt werden: eine dichte Kooperation über alte Blockgrenzen hinweg, ein starkes Empfinden für die Notwendigkeit

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur
ISSN 1863639X
1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)
Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten**

[zur Startseite](#)

nachhaltiger Politik (weltweit erstes Regionalkonzept nachhaltiger Entwicklung – Baltic 21), hohe Ausbildungsstandards in allen Anrainerstaaten, eine ausbaufähige Vernetzung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, eine einmalige Zusammenballung von Staaten mit hohem IT-Durchdringungsgrad und zugleich ein entwickeltes Sozialbewusstsein und gehobene Sozialstandards. Durch die Nutzung und Weiterentwicklung dieses Potentials kommt der Region Modellcharakter zu.

Zu den *Zielsetzungen der deutschen Präsidentschaft* gehört es, auf den Stärken der Region aufzubauen und die Stabilität des gesamten Raumes auf der Grundlage demokratischer Ordnungen und Wohlstand weiter zu erhöhen. Priorität hat die weitere *Stärkung der Ostsee-Kooperation als „bottom up“-Prozess*. Seit dem Beginn der Ostsee-Kooperation ist eine Vielzahl von regionalen Initiativen entstanden, regionaler, subregionaler, kommunaler, zuletzt auch nichtstaatlicher Art. Diese Ostsee-Kooperation als multipolarer Kooperationsprozess gewinnt mit der zunehmenden Pluralisierung der Akteure an Bedeutung. Er ist in den verschiedenen „Ecken“ der Ostsee unterschiedlich stark ausgeprägt. Von wachsender Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Nichtregierungsorganisationen (NGO). Um eine regionale Identität auch unter den thematisch unterschiedlich ausgerichteten Nichtregierungsorganisationen zu schaffen und die Ausrichtung auf übergreifende Ziele zu erleichtern, will die deutsche Ostseeratspräsidentschaft den Rahmen für ein erstes NGO-Forum entwickeln helfen, das die Bewegung in den Transformationsländern stützen soll.

Eine weitere Zielsetzung liegt darin, die Wirtschaftskooperation der Region auszubauen und die *Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums weiter zu stärken*. Nach wie vor bleiben die ökonomischen Disparitäten im Ostseeraum groß. Sie haben sich in den vergangenen Jahren – im Unterschied zu zahlreichen positiven Entwicklungen in der Politik – nicht verringert. Im Februar 2000 stellten die Handelsminister des Ostseerates einen Aktionsplan auf, der eine Vielzahl von notwendigen Verbesserungen auflistet, an deren Umsetzung die deutsche Ostseeratspräsidentschaft, insbesondere die Arbeitsgruppe „wirtschaftliche Kooperation“, arbeitet. In den Bereichen Energie, Umwelttechnik und Informationstechnologie liegt ein Entwicklungspotential, auf die die Wirtschaft der Region besonders hingewiesen werden soll. Die entscheidende Rolle für den Abbau von Disparitäten, für die umfassende Verstärkung der Handelsflüsse und für die Aktivierung des westlichen Kapitalengagements im Sinn der Schaffung technologisch anspruchsvoller Produktionen spielen weiterhin die Schaffung eines marktangepassten Regelwerks sowie die Gewährleistung von Rechtssicherheit in allen Staaten der Region. Der „Marktplatz Baltikum“ ist noch unvollkommen. Dabei kommt Russland eine besondere Rolle zu, wobei insbesondere ein Beitritt zur WTO positive Effekte haben dürfte. Wichtig ist es, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in Russland zu verbessern und die Anziehungskraft der russischen Wirtschaft für die Privatindustrie zu stärken.¹² Es wäre zu wünschen, dass Russland die notwendigen wirtschaftlichen Reformen entschlossen umsetzt, um die volle Einbeziehung seines ökonomischen Potentials in die dynamische Entwicklung der Region zu ermöglichen.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Als begünstigte Wachstumsregion Europas gilt es, ihre Stärken konsequenter zu nutzen, auszubauen und zu vernetzen. Die dichte Ansammlung von qualitativ bedeutenden Universitäten legt es nahe, sich verstärkt um eine Vernetzung der Universitäten, der Verbesserung von Technologietransfer und Anpassung an das Informations- und Kommunikationszeitalter in der Region zu bemühen, um so auf der Basis der hohen Ausbildung und Qualifizierung in der Region eine *Wissensgesellschaft Ostsee* zu schaffen, die international konkurrenzfähig ist.¹³ Es kommt darauf an, ein *trade-mark* zu schaffen, das die Wissenschafts- und Wirtschaftsregion international bekannt und anziehend macht. Dies würde allerdings die Hintanstellung nationaler Ansprüche im Sinne eines übergeordneten Ziels erfordern. Damit wäre nicht nur den bereits weit entwickelten Staaten der Region gedient, sondern es könnten gerade auch dort Beschleunigungseffekte erzielt werden, wo es darauf ankommt, Anschluss an westliche Handelspartner durch technologisch anspruchsvolle Produktnischen zu finden. Mit der Gründung der „Eurofakultät“ bereits 1993 in den baltischen Staaten und im September 2000 auch im Gebiet Kaliningrad hat der Ostseerat mit einem konkreten Projekt erste wichtige Schritte unternommen, um den universitären Standard auch in Transformationsländern zu entwickeln und die Universitäten in den regionalen Austausch einzubeziehen.

Da die Risiken für den gesamten Ostseeraum durch Umweltverschmutzung weiterhin groß sind, muss *Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung* ein Schwerpunkt regionaler Kooperation bleiben. Dabei kommt es darauf an, die Ursachen der Verschmutzung weiter einzudämmen und den Risiken wie der Gefährdung durch unsichere Schiffstransporte oder nukleare Verseuchungen zu begegnen. Die Ostsee-Region hat alle Chancen, zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu werden. Deshalb wird sich Deutschland dafür einsetzen, die Potentiale der Nachhaltigkeit für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung (Umwelttechnik, erneuerbare Energien, ressourcen- und materialsparende Produktion etc.) zu nutzen.

Russland als Partner der Ostseekooperation

Eine fruchtbare Politik im Ostsee-Raum muss in Partnerschaft mit Russland erfolgen. Russland hat die Entwicklung des Ostsee-Raums über die Jahrhunderte entscheidend mitgeprägt. Gerade in Nordosteuropa kann man nachverfolgen, wie eng Russland mit den Geschicken Europas insgesamt verklammert ist.¹⁴ So wird es im Rahmen der Europäischen Union, aber auch darüber hinaus darauf ankommen, Russland umfassend in die regionale Kooperation einzubeziehen.

Die Einbeziehung in multilaterale regionale Zusammenarbeit ist nicht einfach, vor allem wenn es um Staaten so unterschiedlicher Größenordnung und zugleich schwieriger historischer Hintergründe geht wie Russland einerseits, Estland und Lettland andererseits. Doch hat gerade der *Ostseerat* – z. B. zuletzt bei der Neufassung des Mandats des Kommissars für demokratische Entwicklung – gezeigt, dass dies möglich ist und ein *gutes Beispiel* gesetzt, dessen Wert von Russland und den baltischen Staaten geschätzt wird. Die Dimension regionaler Zusammenarbeit soll in Zukunft parallel zum weiteren Ausbau der Beziehungen Russland-EU gefordert werden.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

Mit dem 1994 unterzeichneten und 1997 in Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland (PKA) ist die Grundlage hierfür gelegt. In der auf deutsche Initiative auf dem Gipfel in Köln im Juni 1999 angenommenen ersten Gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber der Russischen Föderation bekennt sich die Europäische Union zur Integration Russlands in gesamteuropäische Wirtschaftsstrukturen. Der regionalen Zusammenarbeit wird dabei eine wichtige Rolle eingeräumt. Insofern fügt sich die Ostseekooperation in die allgemeine Struktur der EU gegenüber Russland ein. Die volle Anwendung des PKA und die Umsetzung der Gemeinsamen Strategie sind zentral für die weitere Heranführung Russlands an Europa. Sie setzen politisch, wirtschaftlich und rechtlich den Rahmen für die weitere Entwicklung der Beziehungen.

Kaliningrad ist wie das russische Gebiet um St. Petersburg ein Teil der Ostseeregion, dessen Integration in die Gemeinschaft wichtig für das Gebiet wie für die Region insgesamt ist. Dem Gebiet Kaliningrad kommt aufgrund der EU-Erweiterung eine besondere Funktion zu. Mit dem Beitritt Polens und Litauens wird es zu einer Art „Enklave“ innerhalb der EU werden. Es gilt die Chance, die sich daraus für das Verhältnis Russlands zur EU ergibt, zu nutzen. Russland steht der Erweiterung der EU auch um die baltischen Staaten inzwischen grundsätzlich positiv gegenüber. Erfreulicherweise ist die Frage, wie das Verhältnis der EU zu Russland – auch in Beziehung auf das russische Gebiet Kaliningrad – gestaltet werden soll, kein Tabu mehr. Schon die Vorstellungen des damaligen Ministerpräsidenten Putin zeigten im Dezember 1999 in Helsinki „ein erhebliches und sehr konkretes russisches Interesse an der Europäischen Union, das wir sehr begrüßen“.¹⁵ Inzwischen sind die Kontakte intensiviert, die EU-Kommission hat ein „policy paper“ zur EU und Kaliningrad erarbeitet, das im Januar 2001 von der Kommission angenommen wurde und verschiedene Ideen und Optionen für die weitere Diskussion über die Zusammenarbeit mit Russland und Kaliningrad aufzeigt.

Auch in Zukunft wird sich die kooperative Ostseepolitik im Verhältnis Russlands und der baltischen Staaten bewähren müssen. Dass dies möglich ist, zeigen die – auch in Russland anerkannten, wenn auch noch als nicht weitgehend genug empfundenen – Fortschritte bei der Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und Lettland. Die Weichen sind richtig gestellt. Auch bei regionaler Abrüstung und Vertrauensbildung muss dieser kooperative Ansatz – wenn auch voraussichtlich im weiteren OSZE-Rahmen – noch die Probe bestehen.¹⁶

Herausforderungen für eine fruchtbare Kooperation in Nordosteuropa

Die Ostseeregion ist heute bereits eine *Modellregion* dafür, wie sich Zusammenleben in einem europäischen Großraum auch über alte Trennungslinien hinweg fruchtbar entwickeln kann. Die deutsche Politik wird weiter nach Kräften daran mitwirken, dass sich die positive Entwicklung fortsetzt. Doch gibt es Herausforderungen, vor denen die Region steht und die auch in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Obwohl sich der Nordosten Europas durch die „Nördliche Dimension“ jetzt deutlicher als bisher auf der Landkarte der EU eingeschrieben hat, ist die kontinuierliche *Umsetzung des Aktionsplans* entscheidend. Dabei ist es

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

wünschenswert, dass aktiver als bisher die Rolle der regionalen Organisationen genutzt und mit ihnen kooperiert wird. Die Tatsache, dass eine Organisation wie der Ostseerat über die heutigen und künftigen Grenzen der Union hinausgreift, sollte nicht als Hindernis, sondern als positives Element im Sinne der Zielsetzung der „Nördlichen Dimension“ verstanden werden.

Die Ostseekooperation beschäftigt sich heute mit sehr vielen Feldern zwischenstaatlicher Kooperation bis hin zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und zur Gesundheitspolitik. Diese praktische Zusammenarbeit ist zu begrüßen. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass eine Organisation wie der Ostseerat nur dann ihre *politische Legitimation* behält, wenn sie die Augen vor politischen Fragen, die die Region betreffen, nicht verschließt, sondern sie auch diskutiert. Die Bewahrung eines begrenzten Zirkels regionaler Nachbarschaft dient der Stärkung einer Atmosphäre des Vertrauens, die eine solche Diskussion gerade fordert. Fragen der militärischen Sicherheit werden auch in Zukunft von einer Behandlung im Ostseerat ausgenommen bleiben, um eine Regionalisierung der Sicherheitsdiskussion zu vermeiden. Der Rat selber – als vertrauensbildende Maßnahme an sich – sollte sich jedoch nicht engere Schranken auferlegen als bei seinem Daseinszweck sinnvoll. Wäre es nicht auch sinnvoll, Fragen der „soft security“ in dessen kooperativen Rahmen aufzunehmen?

Beschrieben wurde bereits, dass die *wirtschaftlichen Disparitäten* entgegen der insgesamt positiven politischen Entwicklung zugenommen haben. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit. Angesichts der begrüßenswerten Entwicklung des Handelsaustausches werden Verkehr und Kommunikation in diesem Zusammenhang ein besonderes Gewicht behalten. Auch das russische Gebiet Kaliningrad erfordert besondere Beachtung, da es nicht im gesamteuropäischen Interesse liegt, wenn sich hier eine Armutsgrenze entwickeln sollte, die eher zu Spannungen, Korruption und organisierter Kriminalität führen würde als zu einem nachbarschaftlichen Miteinander.

Nach Deutschland übernimmt die Russische Föderation den Vorsitz Mitte des Jahres 2001 im Ostseerat und führt ihn über den 10. Jahrestag der Gründung des Ostseerats hinaus bis Juni 2002. Die Frage, wie die russische Ostseeratspräsidentschaft ihre Rolle in der Ostsee annehmen wird, welche Initiativen sie ergreift und wie sie die multilaterale Kooperation mit seinen engeren und fernerer Nachbarn gestaltet, ist für die Zukunft der Ostseekooperation wichtig. Als traditionelles „Fenster nach Europa“ bleibt die Region für Russland von Bedeutung. Der deutschen Politik liegt daran, dass Russland auf allen Ebenen aktiv und partnerschaftlich mit allen Staaten Nordosteuropas kooperiert. Die Ostseekooperation könnte auch ohne Russland weitergehen und die beteiligten Staaten werden ihren Vorteil daraus ziehen und weiter zusammenwachsen, doch ihren Wert für die gesamteuropäische Sicherheitsstruktur gewinnt die Zusammenarbeit, wenn Russland durch seine fruchtbare Teilhabe an der regionalen Gemeinschaft seine Zugehörigkeit zu Europa unter Beweis stellt.

1 Alten, Jürgen von: *Weltgeschichte der Ostsee*. Berlin 1996, 23.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur
ISSN 1863639X
1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)
Seiten 103-115

Textanfang**Summary****Grundlegende Wandlung der poli****Die erste Brücke von West nach****Politik im Ostseeraum ist Teil****Deutsche Präsidentschaft im Os****Russland als Partner der Ostse****Herausforderungen für eine fru****Fußnoten****zur Startseite**

2 Im Vergleich dazu: Ausführen 1998 in die USA 89.303 Mio. DM, nach Japan 18.294 Mio. DM. Dabei ist Deutschland im Außenhandel grundsätzlich stark auf die EU ausgerichtet – über 50% der Exporte und der Importe entfallen auf die Union – , wickelt daher selber nur rund 10% seines Außenhandels mit Partnern aus dem Ostseeraum ab. Dabei bleibt die Verteilung auf die westlichen und östlichen Anrainerstaaten mit 6% und 4% schon seit Jahren fast unverändert. Allerdings steht hinter diesem relativ niedrigen Anteil ein hoher absoluter Wert: Deutschland setzte 1999 im Ostseeraum Waren im Wert von rund 100 Mrd. US-Dollar – das ist mehr als jeder andere Ostseepartner.

3 *Mare Balticum – Wirtschaftslage, Handelsverflechtungen und Direktinvestitionen im Ostseeraum*. Studie des HWWA im Auftrag der Handelskammer Hamburg Oktober 2000, 36f.

4 Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen u.a. der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/2293 - Deutscher Bundestag. 1.11.2000, siehe auch Fußnote 1.

5 Lucas, Heinz-Dieter: „Die baltischen Staaten in Europa. Probleme und Perspektiven“. In: *Außenpolitik*. 11 (1997), 127.

6 *Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum*. Herausgegeben von der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1999, 47.

7 Einzelheiten der Struktur des Ostseerats, seinem Mandat und seine Instrumente, siehe Schultheiß, Wolfgang: „Wie weit liegt Bonn von der Ostsee entfernt? – Der Stellenwert Nordeuropas im Rahmen deutscher Außenpolitik“. In: Wellmann, Christian (Hg.): *Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion*. Kiel 1999, 23 ff. Für weitere Informationen vgl. auch die Homepage des Ostseerats, CBSS: www.baltinfo.org.

8 Lucas, Hans-Dieter: „Perspektiven der Ostseekooperation“. In: *Außenpolitik*. 1 (1995), 23 ff.

9 Rede des Bundespräsidenten Herzog auf dem Kongress „Zukunftsraum Ostsee – Perspektiven für Europa“ aus Anlass des 125-jährigen Jubiläums der Industrie- und Handelskammer zu Kiel am 18. Januar 1996. In: *Bulletin der Bundesregierung*. 6 (1996), 23.1.1996.

10 Patten, Chris u. Anna Lindh: „Die Nordeuropa-Politik der EU koordinieren“. In: *Financial Times Deutschland*, 20.12.2000

11 Zum „region-building“ s. auch Kindsmüller, Werner: „Ostseekooperation unter veränderten Bedingungen“. In: Wellmann 1999, wie Fußnote 7.

12 *The Russian Economy on the Eve of the Putin Presidency*. Publikation des Baltic Business Summit, März 2000.

13 Zu den Desideraten in der Wissenschaftskooperation siehe auch Henningsen, Bernd: „Der ‚neue‘ Norden und die Ostsee-Region“. In:

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2001

11. Jahrgang (4. der N.F.)

Seiten 103-115

Textanfang

Summary

Grundlegende Wandlung der poli

Die erste Brücke von West nach

Politik im Ostseeraum ist Teil

Deutsche Präsidentschaft im Os

Russland als Partner der Ostse

Herausforderungen für eine fru

Fußnoten

zur Startseite

Henningsen, Bernd und Bo Stråth (Hgg.): *Deutschland, Schweden und die Ostseeregion*. Baden-Baden 1996, 152 ff.

14 Vgl. auch die Thesen von Stefan Troebst, z. B. in „Russland und die Ostseeregion – Nordosteuropa als historisch gewachsener Kooperationsraum“. In: Wellmann 1999, wie Fußnote 7, sowie in: „Nordosteuropa: Geschichtsregion mit Zukunft“. In: *NORDEUROPAforum* 1 (1999), S. 53–69. Er legt dar, inwieweit ein kulturell begründeter Ausschluss Russlands aus Europa fehlgeht, weil er den Raum Nordosteuropa als „missing link“, das Russland mit dem Westen verklammert, missachtet. Zur Frage des Begriffs Nordosteuropa siehe auch Zernack, Klaus: *Nordosteuropa, Skizzen und Beiträge zu einer Geschichte der Ostseeländer*. Lüneburg 1993.

15 Rede des Bundesaußenministers Joschka Fischer bei der Jahresmitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Forums am 15. Februar 2000 in Berlin, www.auswaertiges-amt.de/archiv.

16 Anders Bjurner weist zu Recht darauf hin, dass die mögliche Zusammenarbeit regionaler Gruppen wie dem Ostseerat mit umfassenderen Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit wie der OSZE noch nicht ausreichend ausgelotet ist. Bjurner, Anders: „European Security at the End of the Twentieth Century: The Subregional Contribution“. In: Cottey, Andrew (Hg.): *Subregional Cooperation in the New Europe*. Basingstoke 1999, 16.